



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

09.05.07

PRESSEMITTEILUNG

Neue Notrufnummer und Ausbau des Frühwarnsystems: Kinder- und Jugendschutz wird gestärkt!

Die von SPD und GRÜNEN während der letzten Haushaltsberatungen gefassten Beschlüssen für einen verbesserten Kinder- und Jugendschutz zeigen Wirkung. Das geht aus einer Vorlage der Verwaltung für die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses in der kommenden Woche hervor.

Friedhelm Sohn, SPD, Vorsitzender des KJA: „Mit einer neuen Notrufnummer und dem Ausbau des Frühwarnsystems wird der Schutz von Kinder und Jugendlichen in Dortmund weiter gestärkt. Mit dem neuen Notruf können Kinder ab Juni auch außerhalb der Dienstzeiten, abends und an Wochenenden direkt mit dem Notdienst des Jugendamtes sprechen. Das ist eine wesentliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation.“

Für Kritik hatte im letzten Jahr die Tatsache gesorgt, dass Kinder und Jugendliche bisher insbesondere an Wochenenden erst mit einem Anrufbeantworter verbunden wurden, um dann zunächst auf die Feuerwehr verwiesen zu werden. Dieses umständliche Verfahren entfällt nun.

Wolfram Frebel, Kinder- und jugendpolitischer Sprecher der GRÜNEN: „Wir haben ganz bewusst den verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen zu einem politischen Schwerpunkt gemacht. Der neue Notruf ist dabei nur ein Ergebnis, das insbesondere in akuten Gefährdungssituationen greift. Und der Notruf hat mit der 50-12345 auch noch eine Nummer, die für jedes Kind einfach zu merken und einfach zu wählen und die darüber hinaus bei



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

vielen Kindern schon als bisherige Nummer des Büros für Kinderinteressen bekannt ist.“

Auch der flächendeckende Ausbau des Frühwarnsystems zur Erkennung und Abwendung von Gefährdungen für Kinder wird bis 2009 in allen Stadtteilen umgesetzt – drei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen. Hier hatten SPD und GRÜNE Mittel für eine zusätzliche Projektstelle bereitgestellt.

„Beim flächendeckenden Ausbau des Frühwarnsystems wird demnächst auch die Situation von Neugeborenen, Säuglingen sowie der unter Dreijährigen berücksichtigt werden. Das war uns besonders wichtig. Auch hier schließen wir damit eine bisher vorhandene Lücke“, so **Wolfram Frebel und Friedhelm Sohn**.

Ein weiterer wichtiger Baustein beim Schutz von Kindern und Jugendlichen steht mit der Verbesserung der Situation der Jugendhilfedienste noch aus. Hier wird zurzeit auf Antrag von SPD und GRÜNEN eine Organisationsanalyse vorgenommen, um die bisherigen Belastungen der MitarbeiterInnen und den sehr wahrscheinlich zusätzlichen Personalbedarf zu ermitteln. Beide Fraktionen hatten schon in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass die Ergebnisse des etwa Mitte des Jahres vorliegenden Gutachtens auch entsprechend umgesetzt und die dazu erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen.